

2012. Herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Dortmund u.a. 2012
- Mrasek**, Volker: Keine Arbeit, schlechtes Essen. Beitrag im Deutschlandfunk vom 5.4.2013
- Negt**, Oskar: Arbeit und menschliche Würde. Göttingen 2001
- Negt**, Oskar: Der Politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen 2010
- Negt**, Oskar: Arbeit und menschliche Würde – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2011
- Paul**, Karsten; Moser, Klaus: Unemployment impairs mental health: Meta-analyses. In: Journal of Vocational Behavior 3/2009, pp. 264-282
- Schäfer**, Arnim: „Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratien in Westeuropa“. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 4/2010, S. 131-156
- Skidelsky**, Robert: Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert. München 2010
- Streack**, Wolfgang: „Ein neuer Kapitalismus? Das Ende der Nachkriegsdemokratie“. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.7.2012
- Streack**, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin 2013
- Stuckler**, David; Basu, Sanjay: The Body Economic. Why Austerity Kills. Recessions, Budget Battles, and the Politics of life and death. New York 2013
- Tálos**, Emmerich; Fink, Marcel: Arbeitslosigkeit: eine Geißel, die nicht verschwindet. In: Karner, Stefan; Mikoletzky, Lorenz (Hrsg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament. Innsbruck u.a. 2008, S. 229-240
- Techniker Krankenkasse**: Bleib locker, Deutschland! TK-Studie zur Stresslage der Nation. Hamburg 2013
- Vogl**, Joseph: Das Gespenst des Kapitals. Zürich 2010

ALLGEMEINES

EU-Empfehlungen zur Gleichstellung in Deutschland. Die EU-Kommission hat für Deutschland gleichstellungspolitische Hemmnisse identifiziert. Welche sind das und wo besteht Handlungsbedarf? Diese Fragen standen im Zentrum der Tagung „Mehr Gleichstellung für Wachstum und Beschäftigung“, die am 20.2.2014 von der Vertretung der EU-Kommission Deutschlands in Berlin veranstaltet wurde. Die Veranstaltung befasste sich mit den „Länderspezifischen Empfehlungen“ für Deutschland, die im Rahmen des Europäischen Semesters ausgesprochen wurden. Der Europäische Rat empfiehlt unter anderem die Einführung von Maßnahmen, die die Arbeitsanreize und die Vermittelbarkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, insbesondere für Zweit- und Geringverdienende, verbessern, sowie die Abschaffung von Fehlanreizen. Außerdem soll Deutschland Maßnahmen ergreifen, die die Verfügbarkeit der Ganztagskindertagesstätten und -schulen erhöht. Mehr Informationen zur Tagung können unter der URL <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=205024.html> im Internet abgerufen werden. *Quelle: Brand aktuell vom 7.3.2014*

Inklusionsinitiative. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Deutsche Gewerkschaftsbund und einige andere Träger haben im Oktober 2013 eine gemeinsame Inklusionsinitiative ins Leben gerufen. Geplant ist die Ausweitung der betrieblichen Ausbildung und der beruflichen Integration von Menschen mit einer Schwerbehinderung, wofür 50 Mio. Euro aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung stehen. Arbeitsagenturen, kommunale Jobcenter und weitere Einrichtungen können seit Jahresbeginn Konzepte einreichen und sich um Zuschüsse bewerben. Eine Frist ist nicht festgesetzt. Nähere Hinweise im Internet unter <http://www.bmas.de/DE/Service/Publicationen/a990-rehabilitation-und-teilhabe-behinderter-menschen.html>. *Quelle: ZB Zeitschrift 4.2013*

Integration von Roma. Im Dezember letzten Jahres wurde erstmals ein Rechtsinstrument auf EU-Ebene für die Integration der Roma beschlossen. In der „Empfehlung des Rates für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedstaaten“ verpflichten sich alle 28 EU-Mitgliedstaaten, die wirtschaftliche und soziale Integration der Roma zu beschleunigen. Im Mittelpunkt der Empfehlung steht der Zugang der Roma zu den vier Bereichen, für die die Staats- und Regierungschefs der EU auf der Grundlage des EU-Rahmens gemeinsame Ziele zur Integration der Roma beschlossen haben: Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum. Weitere Informationen zur Empfehlung des Rates zur besseren Integration der Roma stehen im Internet unter der URL http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1226_de.htm. *Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 13.2.2014*

Aus Fehlern lernen – Potenziale für die Stiftungsarbeit. Von Antje Bischoff und anderen. Hrsg. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Selbstverlag, Berlin 2013, 58 S., kostenlos *E-0773*

Mit dem Ziel, Verbesserungspotenziale für die Praxis aufzuzeigen, widmet sich diese Studie der Fehlerkultur in deutschen Stiftungen. Auf der Grundlage von 19 Interviews mit Expertinnen und Experten sowie einer quantitativen Online-Befragung von 273 Stiftungen wird dem Thema nachgegangen, wie Stiftungen mit Fehlern und Fehlschlägen umgehen, welche Bereiche als besonders fehleranfällig gelten und welche Herausforderungen sich ergeben. Wie die Ergebnisse zeigen, pflegen Stiftungen einen offenen Umgang mit Fehlern und sind meist auch bereit, öffentlich darüber zu sprechen, was sie aus Fehlern gelernt haben. Die Untersuchung mündet in einigen Empfehlungen für eine konstruktive Stiftungsarbeit, abschließend ergänzt durch ein Glossar der verwendeten Fachtermini. Bestellanschrift: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin, Tel.: 030/89 79 47-0, Internet: www.stiftungen.org

Widerrufe von Flüchtlingsanerkennung. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres sind nach Angaben der Bundesregierung in Deutschland insgesamt 108 Asyl-beziehungsweise Flüchtlingsanerkennungen zurückgenommen worden. Danach gab es von Oktober bis ein-

schließlich Dezember 2013 insgesamt 3 873 Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren. Dabei kam es in 3 765 Fällen oder 97,2 % der Entscheidungen zu keinem Widerruf. *Quelle: hib vom 13.3.2014*

SOZIALES

Bewilligung der Integrationshilfe. Als Unterstützung bei der Bewältigung von Barrieren können Schülerinnen und Schüler mit einem Handicap beziehungsweise deren Eltern eine Integrationshilfe zur Bewältigung individueller Herausforderungen beantragen. Diese Form der Betreuung gehört laut einem Urteil des Landessozialgerichtes Nordrhein-Westfalen in Essen nicht zum pädagogischen Kernbereich, der von den Schulen selbst abgedeckt werden muss. In dem konkreten Fall ging es um einen 14-jährigen Jugendlichen mit einem fetalen Alkoholsyndrom und Anpassungsstörungen, dem das Sozialgericht Düsseldorf in erster Instanz einen Anspruch auf Integrationshilfe mit der Begründung verweigert hatte, auf die besondere Situation werde bereits durch inklusiven Unterricht und eine sonderpädagogische Einzelmaßnahme eingegangen. Das Landesgericht Nordrhein-Westfalen hob diese Entscheidung mit Beschluss vom 20.12.2013 auf. Von der Leistungspflicht ausgenommen seien lediglich didaktische Aufgaben wie die Erteilung des Unterrichts. *Quelle: Das Band 1.2014*



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising. Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto.

Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

 **Bank für Sozialwirtschaft**

Berlin | Brüssel | Dresden | Erfurt | Essen | Hamburg | Hannover | Karlsruhe | Kassel
Köln | Leipzig | Magdeburg | Mainz | München | Nürnberg | Rostock | Stuttgart

www.sozialbank.de

Künstlersozialabgabe gestiegen. Die Künstlersozialabgabe ist zum 1. Januar 2014 um 1,1 Prozentpunkte von 4,1 % auf 5,2 % angestiegen. Zahlungspflichtig sind, unabhängig von ihrer Rechtsform, Unternehmen, die gegen Entgelt Werke und Leistungen selbstständiger Kunstschaffender oder Publizierender in Anspruch nehmen und für kommerzielle Zwecke nutzen. Die Bezeichnung der Entlohnung (Tantieme, Gage, Honorar oder Ähnliches) ist für die auf konkret entrichtete Beträge angerechnete Abgabe nicht von Belang. *Quelle: praxis aktuell der AOK 5.2013*

Sozialraumorientierung – Fachkonzept oder Sparprogramm? Von Oliver Fehren und Wolfgang Hinte. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2013, 59 S., EUR 7,50 *DZI-E-0783* Der in den 1990er-Jahren entwickelte Ansatz der Sozialraumorientierung bezeichnet eine Perspektive, die als theoretischer Hintergrund für das Handeln in zahlreichen Feldern der Sozialen Arbeit dient. Sie zielt darauf ab, durch eine Unterstützung von Eigeninitiative unter Nutzung lokaler und individueller Ressourcen die Lebensbedingungen von Menschen in prekären Situationen neu zu gestalten. Diese Schrift gibt einen kompakten Einblick in die Grundlagen und Prinzipien des Konzepts und beschreibt dessen Anwendung in der Fallarbeit sowie mögliche Modelle der Finanzierung. In den Blick genommen wird neben der kommunalen Praxis auch die kritische Fachdebatte um das Verständnis von „Sozialraum“ und um Fragen der Enträumlichung, Aktivierung und Konsolidierung. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Höhere Ausgaben für Asylsuchende im Jahr 2012. Das statistische Bundesamt hat einen Bericht über die Zuwendungen für Asylsuchende im Jahr 2012 veröffentlicht. Dieser enthält detaillierte demographische Informationen und Hinweise zur Entwicklung der Kosten im Zeitverlauf. Den Berechnungen zufolge hat sich die Anzahl der Leistungsberechtigten von 143 687 im Jahr 2011 auf 165 244 am Jahresende 2012 erhöht. Die Bruttoausgaben seien dadurch im genannten Zeitraum von rund 908 Mio. auf zirka eine Milliarde Euro gestiegen. Als Hauptherkunftsländer werden Afghanistan, Irak und das ehemalige Jugoslawien genannt. Die komplette Broschüre steht im Internet unter www.destatis.de (siehe Publikationen/Thematische Veröffentlichungen/Soziales) zum Download bereit. *Quelle: Städtetag aktuell 2.2014*

Kein Verzicht auf Sanktionen bei ALG II. Die Bundesregierung lehnt den vollständigen Verzicht auf Sanktionen beim Arbeitslosengeld II (ALG II) ab. Diese seien die einzige Möglichkeit, auf die Mitwirkung derer hinzuwirken, die Leistungen in Anspruch nehmen wollen. Es wird weiterhin erwartet, dass Termine wahrgenommen

und Unterlagen beigebracht werden. Ebenso, dass auf Angebote zur Weiterbildung reagiert wird und Vorschläge zur Beschäftigung angenommen werden. In der öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses wurde die Abschaffung von Sanktionen und Leistungseinschränkungen beim ALG II gefordert, da Sanktionen den Erfahrungen der Petenten zufolge keinen positiven Effekt hätten. Außerdem verstoße die Sanktionierung gegen die durch das Grundgesetz gewährte Sicherung des gesetzlich festgelegten soziokulturellen Existenzminimums. Aus Sicht der Bundesregierung verstoßen die Sanktionsregelungen jedoch weder gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums noch gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Auch die freie Wahl des Berufs sei gewährleistet und der Gleichheitsgrundsatz gewahrt. *Quelle: hib vom 17.3.2014*

GESUNDHEIT

Datenbank über Suchthilfeeinrichtungen. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) hat eine umfassende Aktualisierung der Datei von Einrichtungen der Suchthilfe durchgeführt. Dazu erhielten alle Einrichtungen der Suchthilfe einen Fragebogen. Hilfesuchende können auf der Internetseite der DHS sowie unter der neuen Domain www.suchthilfeverzeichnis.de Beratungsstellen und andere Einrichtungen der Suchthilfe finden, die zu ihren Bedürfnissen passen. Einrichtungen, die sich noch nicht zurückgemeldet haben beziehungsweise deren Datensatz wegen fehlender Rückmeldung veraltet ist, werden innerhalb der nächsten Wochen gelöscht. Rückfragen können per E-Mail (info@dhs.de) an die DHS gerichtet werden. *Quelle: Newsletter der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. vom 5.3.2014*

Schwerbehindert. Meine Rechte: Wohnen, Arbeiten, Steuern und Mobilität. Von Jürgen Greß. Verlag C. H. Beck. München 2013, 128 S., EUR 6,90 *DZI-E-0786* Als Orientierungshilfe für Menschen mit einer Schwerbehinderung und deren Umfeld vermittelt dieser Leitfaden Unterstützung bei der Verwirklichung eines selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebens. Neben Ausführungen zur Schwerbehinderteneigenschaft und zum Schwerbehindertenausweis gibt der Autor Tipps für die Korrespondenz mit dem Versorgungsamt sowie für mögliche Vergünstigungen im Hinblick auf die Entrichtung von Steuern, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, das Wohnen und die Kommunikation. Ferner enthält die Broschüre Hinweise zu einigen Teilhabe- und Sozialleistungen, zum Arbeitsrecht, zum Mietrecht, zu wichtigen Anlaufstellen für Betroffene und zu einigen Informationsangeboten im Internet.

Immer mehr pflegebedürftige Menschen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Wenn pflegebedürftige Menschen ihre Versorgung nicht selbst finanzieren können, springt das Sozialamt mit der „Hilfe zur

Pflege“ ein. Laut dem Statistischen Bundesamt benötigten im Jahr 2012 rund 429 000 Betroffene diese öffentlichen Mittel, wofür mit zirka 3,2 Mrd. Euro 4,5 % mehr als im Vorjahr ausgegeben worden seien. Bei zwei Dritteln der Beziehenden handle es sich um Frauen, die mit durchschnittlich 79 Jahren deutlich älter seien als die männlichen Empfänger mit im Mittel 68 Jahren. Vor allem der Anstieg der Heimgebühren führt laut dem Sozialverband VdK zu einem wachsenden Armutsrisiko. Als Antwort auf beobachtbare Missstände empfiehlt der VdK eine umfassende Pflegereform. Wünschenswert seien adäquate Arbeitszeitregelungen und eine nachhaltige rentenrechtliche Absicherung für pflegende Angehörige, eine Verbesserung der Personalsituation in stationären Einrichtungen und eine Ausweitung der Prävention, der Rehabilitation und der quartiersbezogenen Intervention. *Quelle: VdK Zeitung März 2014*

Suchtsensible Pflegeberatung. Laut einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit schätzen Pflegekräfte, dass derzeit zirka 14 % der älteren Menschen, die von ambulanten Pflegediensten und in stationären Einrichtungen betreut werden, Alkohol- oder Medikamentenprobleme haben. Um dieser Problematik zu begegnen, haben die AOK Nordost und die Fachstelle für Suchtprävention Berlin das Gemeinschaftsprojekt „Suchtsensible Pflegeberatung“ ins Leben gerufen, das zunächst in den Berliner Pflegestützpunkten, ab Herbst 2014 in Mecklenburg-Vorpommern und ab 2015 in Brandenburg eingeführt wird. *Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales von Berlin vom 25.2.2014*

JUGEND UND FAMILIE

Wiedereinsetzung der Kinderkommission. Um die Belange von Kindern zu vertreten, wurde im Februar dieses Jahres die seit dem Jahr 1988 bestehende Kinderkommission als Arbeitsgruppe des Familienausschusses des Deutschen Bundestags neu eingesetzt. Im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen Ziele wie die Verwirklichung von Partizipation und Gesundheit, der Schutz vor Gewalt, die Eindämmung von Kinderarmut und die Ernennung eines oder einer Kinderbeauftragten mit Zuständigkeit für die Interessen der jungen Generation. Die Entscheidungen der in dieser Legislaturperiode vierköpfigen Kinderkommission werden stets einstimmig getroffen. Der Vorsitz wechselt jedes Jahr. *Quelle: Das Parlament 17.2.2014*

Mehr Geld für Fonds Heimerziehung Ost. Der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ soll aufgestockt werden. Dies teilt die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke mit. Die zusätzlichen Mittel sollen noch in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden. Die Eckpunkte der Einigung bedürften aber noch der Zustimmung durch die Regie-

6.5.2014 Hannover. Fachtag: You only live once – Risikokompetenz und Körperwahrnehmung von männlichen Jugendlichen. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fensckeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: info@gesundheits-nds.de

12.-14.5.2014 Dillingen. Seminar: Frauen führen anders. Information: IOS – Mensch und Organisation, Dr. Monika Stützel-Hebel, Eschenweg 11, 85354 Freising, Tel.: 081 61/ 53 47 28, E-Mail: m.stuetzle-hebel@ios-muenchen.de

15.5.2014 Leinfelden-Echterdingen. ajs-Jahrestagung: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Information: Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg, Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart, Tel.: 07 11/23 73 70, E-Mail: info@ajs-bw.de

15.-16.5.2014 Berlin. Fachtagung: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Qualitätsentwicklung als Daueraufgabe in der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, E-Mail: agfj@difu.de

16.-17.5.2014 Heidenheim. Fachtagung Sprache 2014: Bildung von klein auf! Information: Peter Sauber Agentur Messen und Kongresse GmbH, Wankelstraße 1, 70563 Stuttgart, Tel.: 07 11/65 69 60-50, E-Mail: info@messe-sauber.de

16.-18.5.2014 Berlin. Bundeskonferenz der SoVD-Jugend im Sozialverband Deutschland. Information: SoVD-Jugend, Maik Theede-Fagin, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/726 22 21 27, E-Mail: jugend@sovd.de

20.-21.5.2014 Münster. Weiterbildung für Führungskräfte Sozialer Einrichtungen: Personalbeschaffung – Recruiting in turbulenten Zeiten. Information: Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen, Sekretariat Referat Weiterbildung, Frau Magdalena Megler, Hüfferstraße 27, 48149 Münster, Tel.: 02 51/83 65 72-0, E-Mail: weiterbildung@fh-muenster.de

27.5.2014 Karlsruhe. VIII. Präventionstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe: Prävention durch Kooperation – Wohnraum schaffen, Wohnungsverlust verhindern. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Boyenstraße 42, 10115 Berlin, Tel.: 030/284 45 37-0, E-Mail: info@bagw.de

rungschefs der ostdeutschen Bundesländer. Die Regierung macht jedoch keine Angaben darüber, wie hoch die Aufstockung ausfallen soll. Nach deren Angaben reichen die ursprünglich vom Bund und den ostdeutschen Ländern bereitgestellten Mittel von 40 Mio. Euro für den Zeitraum von Mitte 2012 bis Mitte 2016 nicht aus, um die physischen und psychischen Folgeschäden aller Opfer der Heimerziehung zu lindern und gegebenenfalls deren Rentenersatzansprüche zu zahlen. Bislang seien mit 3 284 Opfern insgesamt 4 296 Vereinbarungen über materielle Hilfen getroffen worden, in 1 311 Fällen seien zusätzlich Rentenersatzleistungen gewährt worden. Nach Schätzungen der Anlauf- und Beratungsstellen wollen bis 2016 jedoch mindestens 21 000 Opfer Vereinbarungen über materielle Hilfen beziehungsweise Rentenersatzleistungen abschließen. *Quelle: hib vom 12.3.2014*

Leitsätze der Jugendverbände von Hilfsorganisationen. Zum Spitzentreffen von sieben Jugendverbänden der Hilfsorganisationen trafen sich deren Bundesvorsitzende und Geschäftsführende am 21. und 22. Februar 2014 in Kassel und verabschiedeten gemeinsame Leitsätze zur Stärkung ihrer Zusammenarbeit. Es waren die Arbeiter-Samariter-Jugend, die Deutsche Jugendfeuerwehr, die DLRG-Jugend, das Jugendrotkreuz, die Johanniter Jugend, die Malteser Jugend und die THW-Jugend vertreten. Neben der Darstellung und Wirkung nach außen stehen auch ein regelmäßiger Informationsaustausch unter den Mitgliedern und eine stärkere Vernetzung im Fokus. Die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände der Hilfsorganisationen haben die gemeinsamen Ziele der Sensibilisierung junger Menschen für humanitäre Werte und die nachhaltige Gewinnung von Nachwuchs. 2011 erstellten die Jugendverbände erstmals eine Arbeitshilfe zum Thema „Beteiligung und Mitbestimmung“. Durch praktische Beispiele und methodische Anregungen soll jungen Menschen ein Anreiz für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen gegeben werden. *Quelle: Pressemitteilung des ASB-Bundesverbandes vom 6.3.2014*

Juleica. Praxisbuch P. Prävention und Kindeswohl in der Jugendarbeit. Hrsg. Landesjugendring Niedersachsen e.V. Selbstverlag. Hannover 2013, 87 S., kostenlos *DZI-E-0723*

Seit Ende der 1990er-Jahre können sich Ehrenamtliche in der Jugendarbeit nach Abschluss eines Gruppenleiter-Grundkurses die Jugendleitercard „Juleica“ ausstellen lassen. Da durch die in den letzten Jahren aufgedeckten Missbrauchsfälle das Thema der sexuellen Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen auch in der Jugendarbeit an Aufmerksamkeit gewonnen hat, widmet sich diese Broschüre für qualifizierte freiwillige Kräfte entsprechenden Möglichkeiten der Prävention. In diesem Zusammenhang finden sich hier Informationen zu dem als Schutzmaßnahme im Jahr 2010 eingeführten erweiterten

Führungszeugnis und zum professionellen Umgang mit Rechtsextremismus, Suchtverhalten und psychischen Erkrankungen, im Anhang ergänzt durch einige Anschriften relevanter Anlaufstellen. Piktogramme erleichtern die Orientierung und ermöglichen einen raschen Überblick. Bestellanschrift: Landesjugendring Niedersachsen e.V., Zeißstraße 13, 30519 Hannover, Tel.: 05 11/519 45 10, Internet: www.ljr.de

Minderjährige Flüchtlinge. In seiner Eigenschaft als Verkehrsknotenpunkt für Eisenbahn und Autobahnen liegt Rosenheim im Zentrum vieler Migrationsrouten in die Europäische Union. Da in dieser bayerischen Stadt, meist im Rahmen verdachtsunabhängiger Personenkontrollen, jährlich zirka 50 unbegleitete Flüchtlingskinder aufgegriffen werden, eröffnete das Beratungs- und Behandlungszentrum Refugio München in Kooperation mit einem Kinder- und Jugendpsychiater am 1. September 2013 eine Flüchtlingsambulanz, die den häufig aus Kriegs- und Krisenregionen stammenden jungen Menschen eine psychologische und sozialpädagogische Begleitung bietet. Neben einer im Auftrag des Jugendamtes vorgenommenen Dokumentation von Traumata und Menschenrechtsverletzungen stellt die Einrichtung Beratungsangebote zu Themen wie Aufenthalt, Asyl, schulische Bildung, Gesundheit und Therapie zur Verfügung. Das Projekt erhält Zuschüsse von der Glücksspirale und von der EU-Kommission zur Behandlung von Folteropfern. *Quelle: Sozialcourage Frühling 2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Start des neuen EU-Bildungsprogramms Erasmus+. Mit dem am 16. Januar initiierten Bildungsprogramm Erasmus+ sollen in den nächsten sieben Jahren mehr als vier Mio. junge Menschen unterstützt werden, im Ausland zu studieren, an einem Jugendaustausch teilzunehmen, sich weiterzubilden, Arbeitserfahrungen zu sammeln oder eine Freiwilligenarbeit aufzunehmen. Erstmals sind auch Studiendarlehen für Masterstudierende vorgesehen. Insgesamt stehen 14,7 Mrd. Euro bereit. Im Hochschuljahr 2011/2012 konnten mit dem Erasmus-Programm mehr als 250 000 Studierende einen Auslandsaufenthalt absolvieren. Genaueres im Internet unter http://www.na-bibb.de/erasmus_berufsbildung.html. *Quelle: Brandaktuell vom 24.1.2014*

EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI). Im Rahmen des neuen, vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2020 laufenden Programmes „EaSI“ fördert die Europäische Kommission mit einem Gesamtbudget von 920 Mio. Euro Ziele wie die Eindämmung von Armut und die Gewährleistung hochwertiger Beschäftigung, besserer Arbeitsbedingungen und eines fairen Schutzes der Arbeitskräfte in Europa. Hierzu bündelt das EaSI drei Maßnahmen: Das Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität (PROGRESS) zur Un-

terstützung politischer Reformen, das europäische Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (EURES) zur Stärkung der Mobilität und das europäische Mikrofinanzierungsinstrument für Kleinunternehmen und Personen auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Besonderes Augenmerk liegt auf der Bekämpfung jeglicher Formen von Diskriminierung. Einzelheiten sind im Internet unter <http://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europa/Programme-und-Fonds/EaSI.html> zu finden. *Quelle: Brandaktuell vom 24.1.2014*

Bundesfreiwilligendienst beim Caritasverband.

Der Caritasverband ist von dem am vergangenen Wochenende verkündeten Besetzungstopf im Bundesfreiwilligendienst (BFD) nicht betroffen. Sowohl Verlängerungen von Verträgen als auch Neubesetzungen sind ab Juli 2014 weiterhin möglich. Das zur Verfügung stehende Kontingent im katholischen Verbund von bundesweit insgesamt rund 4 300 Plätzen wurde im vergangenen Jahr nicht vollständig belegt. Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) hatte festgestellt, dass im Dezember 49 000 BFD-Plätze besetzt waren. Vorgesehen und im Haushalt kalkuliert waren im Jahresdurchschnitt aber nur 35 000. Von dem Einstellungsstopp sind allerdings nicht alle Trägergruppen betroffen. Beispielsweise hat jetzt im Bistum Münster die Bewerbungsphase für das neue Kursjahr 2014/2015 begonnen. Es wird damit gerechnet, dass erneut 525 Bundesfreiwillige und 425 Engagierte im Freiwilligen Sozialen Jahr die hauptamtlichen Mitarbeitenden in den sozialen Diensten der Caritas unterstützen werden. Erleichtert werden soll künftig der Zugang für ausländische Freiwillige. Weil eine Anreise zum Bewerbungsgespräch vielen Interessenten nicht zumutbar ist, können sie jetzt auch über das Internet per Skype geführt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 28.1.2014*

Beteiligung des sozialen Umfelds im Täter-Opfer-Ausgleich.

Von Andrea Bruhn und anderen. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2013, 78 S., EUR 12,80 *DZI-E-0782*
Wie einige Untersuchungen zeigen, erzielen die in Australien entwickelten Täter-Opfer-Konferenzen im Hinblick auf die Verhinderung von Strafrückfälligkeit vergleichsweise gute Ergebnisse, denn sie beziehen das soziale Umfeld tatverantwortlicher und geschädigter Personen mit ein und fördern damit zwischenmenschliche Bindungen, die bei der Vermeidung delinquenten Verhaltens eine bedeutende Rolle spielen. Dieser mit Fallbeispielen, Musterbriefen und Mediationshinweisen erweiterte Leitfaden erläutert die Grundlagen dieses Ansatzes und vermittelt eine Vielzahl konkreter Hilfestellungen für die Praxis. Ausgangspunkt sind Erfahrungen aus einem in den Jahren 2008 bis 2010 durchgeführten Pilotprojekt des Jugendamtes Stuttgart. Bestellanschrift: Verlag des

Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/ 629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Weiterbildungsangebote des Sozialverbandes Deutschland e.V.

Für hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeitende des Sozialverbandes Deutschland e.V. (SoVD) und Interessierte aus anderen Landesverbänden bietet der SoVD im ersten Halbjahr 2014 mehr als 30 Seminare zu vielfältigen Sachgebieten wie beispielsweise Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation, Verbandsarbeit und EDV. Freie Plätze gibt es noch für eine Computerschulung am 27. März, für eine Lehrveranstaltung zum „Schreiben fürs Internet“ am 5. Juni und für eine Fortbildung zur „Gestaltung der Arbeit in den Ortsverbänden“ am 12. Juni. Wer teilnehmen möchte, kann sich im Internet unter www.sovd-weiterbildung.de informieren und anmelden. Für Rückfragen steht die Rufnummer 05 11/701 48-40 zur Verfügung. *Quelle: SoVD-Zeitung März 2014*



berufsbegleitender Masterstudiengang

Biografisches und Kreatives Schreiben

Bewerbungen bis zum 15.7.2014

Studienberatung

Guido Rademacher, (Dozent): rademacher@ash-berlin.eu
Kristiane Jornitz (Koordination):
Tel.: 030/99245-332

www.ash-berlin.eu/bks

